

GEMEINDERATSWAHLEN

Eine Orientierungshilfe für den
26. Jänner 2025

Wie stehen die Parteien zur Ost“Umfahrung“?

Seite 16

Ost“Umfahrung“ Die Schmähhs der „beton- grauen Stadtregierung“

WR. NEUSTADT

„Hauptziel
Gewerbegebiete“

Wo sind sie geplant,
wer casht ab?

Seiten 8 und 12

LICHTENWÖRTH

Die Ost-
“Umfahrung“...

... als Desaster für die
Bevölkerung

Seiten 10 und 11

OST“UMFAHRUNG“

Alternativen-
prüfung

10.000 fordern sie,
wo ist sie?

Seite 14



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Diese Zeitung wurde durch viele kleine Spenden ermöglicht. Sie ist notwendig, weil Sie viele Details aus den Medien nicht erfahren. Das ermöglicht es den verantwortlichen Politikern, eine faktenbasierte Diskussion zu verweigern – mit Ablenkungsmanövern oder Greenwashing. Uns geht es nicht um private Verfehlungen, sondern um politische Verantwortungslosigkeit, denn: **Nicht nur Ackerland und Auen wurden zerstört, auch die Demokratie wurde beschädigt. Denn zur Demokratie gehört mehr als freie Wahlen.**

Gerade die Mächtigen sollten Respekt vor Institutionen wie Datenschutzbehörde, Rechnungshof, Wissenschaft und Landesverwaltungsgericht haben. Sie sollten Mitbestimmung der Bevölkerung und Unabhängigkeit der Medien fördern, das Engagement so vieler Menschen ernst nehmen und volle Transparenz bei Parteispenden zulassen. All das wird bei der Ost-„Umfahrung“ niedergewalzt.

Wenn Sie diese Zeitung gelesen haben, wissen Sie, warum das ein Problem ist – für unsere Demokratie und für unsere Zukunft. Überlegen Sie daher bitte, ob Sie bei den **Gemeinderatswahlen am 26.1.2025** Ihre Stimme wirklich einer Partei der „betongrauen Stadtregierung“ (in Wiener Neustadt) oder der „schwarz-blauen Naturzerstörer“ (in Lichtenwörth) geben wollen. Wir geben Ihnen eine Orientierungshilfe.

Ihr Redaktionsteam von
„Vernunft statt Beton“

DIE OST-„UMFAHRUNG“

Ein aus der Zeit gefallenes Betonprojekt

Die Ost-„Umfahrung“ bei Wiener Neustadt (weitere PR-Bezeichnung „Ringschluss“) ist ein Projekt der schwarz-blauen NÖ Landesregierung, dessen Planung aus den 1950ern stammt und das Klaus Schneeberger seit 2013 (damals noch als ÖVP-Klubobmann im Landtag) massiv forciert. Für das Verkehrsressort ist FP-Landesrat Udo Landbauer verantwortlich.

Mehr Straßen bringen mehr Verkehr!

Dieses 60 Mio. Euro-Projekt soll laut Politik für Entlastung sorgen. Laut der Studie des Landes NÖ würde die Straße aber in Wahrheit noch mehr Verkehr bringen. Eine Schneise aus Beton, Asphalt und Abgasen würde den bisher noch unverbauten Osten der Stadt zerstören – die

fruchtbaren „Lichtenwörther Äcker“ und das Natura2000-Schutzgebiet der „Fischa-Auen“. Dafür sollen ca. 18 Hektar in Anspruch genommen werden – und nicht nur die 5 Hektar der Trasse, von denen die „graue Stadtregierung“ immer spricht. Es würde ein Zubringer für neue Gewerbegebiete...



Fast 5 Kilometer lang, pro Tag 15.000 PKW und LKW

Warum Ost-„Umfahrung“ mit Anführungszeichen?

Weil Wiener Neustadt keine weitere „Umfahrung“ braucht, weil die neue Straße vor allem ein Zubringer für Gewerbegebiete wäre, weil die Straße Siedlungsgebiete massiv belasten und eine wertvolle Region zerschneiden und nicht „umfahren“ würde.

Für Details scannen Sie den QR-Code:



„...insgesamt nur 10 Bäume...“

Kann ein Bürgermeister einfach alles behaupten?

In den Salzburger Nachrichten (August 2024) behauptet Schneeberger, es ginge „insgesamt nur um zehn Bäume“, die dem Projekt Ost“Umfahrung“ zum Opfer fallen müssten.

Später muss er einen Rückzieher machen: Er habe keine anderen Zahlen, zudem sei es eine Definitionsfrage, versucht er, sich

herauszuwinden. Die Wahrheit: Allein beim Südenende der Trasse (Neudörflerstraße) wurden Dutzende Bäume gerodet und am Nordende („Warme Fische“ bei Lichtenwörth) für die beiden 70 Meter breiten Schneisen viele mächtige Auwaldbäume gefällt und damit ein lokales Ökosystem vernichtet. Schneeberger ver-

sucht mit „Ersatzpflanzungen“ zu argumentieren. Für jeden gerodeten Baum müssen drei neue Bäume gepflanzt werden. Fakt ist: Ein 70 Jahre alter Auwald-Baum hat bis zu 1.200 Quadratmeter Blattfläche, ein junges Bäumchen braucht dafür Jahrzehnte.



1.) Warme Fische 2.) Kreisverkehr Hofer-Mühle 3.) Werksbach Lichtenwörth 4.) Neudörflerstraße



Ost“Umfahrung“: „Bestgeprüftes Straßenbauprojekt“ oder eine Farce?

„Umweltverträglichkeitsprüfungen“ (UVP) werden zu 95% genehmigt.

Würde die Ost“Umfahrung“ heute eingereicht, müssten bei der UVP auch die Auswirkungen von Treibhausgasemissionen, der Flächeninanspruchnahme und die Bodenversiegelung eines Projekts berücksichtigt werden. Es bräuchte ein Bodenschutzkonzept. Aber selbst mit der alten UVP wird der „Verbotstatbestand des NÖ Naturschutzgesetzes“ er-

füllt – nämlich durch die Zerstörungen im Natura2000-Gebiet. Es braucht eine „Ausnahmebewilligung im öffentlichen Interesse“ – und dafür reicht es, dass die Ost“Umfahrung“ in einem Strategiepapier des Landes NÖ im „Mobilitätskonzept 2030+ Niederösterreich“ (2015; S. 99) erwähnt wird. Die NÖ-Landesregierung bestimmt also, was „öf-

fentliches Interesse“ ist und hat damit einen Super-Joker. Kein Wunder, dass Österreich pro Kopf gerechnet ein um 50% dichteres Straßennetz als Deutschland und die Schweiz hat.

Bei der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVwG) kommt heraus, dass es für die behauptete „Entlastung“

nur ein „Potenzial“ gibt. Als erstes Hauptziel (!) wird die „Verbesserung der Erschließbarkeit von Gewerbegrundstücken“ (BVwG-Bescheid, S.101) genannt. Das wird bei PR-Auftritten von Bürgermeister und der NÖ-Landesregierung verschwiegen.

Studie widerlegt, dass der Verkehr abnimmt.

Laut Studie des Landes NÖ wird die VERKEHRSELASTUNG auch mit der Ost“Umfahrung“ in fast allen Straßenzügen in und um Wiener Neustadt AN-STEIGEN. Wenn Entlastung das Ziel gewesen sein sollte, war das von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Allein WEGEN der

Ost“Umfahrung“ wird es zusätzliche 1,3 Millionen PKW- und LKW-Fahrten pro Jahr geben.

Stauprobleme lassen sich nicht durch Umweltzerstörung lösen, sondern durch ein nachhaltiges Verkehrskonzept.

So ein regionales Konzept fehlt Wiener Neustadt. Es gibt vor allem ein Einpendelproblem zu Stoßzeiten - übrigens auch in der Puchbergerstraße, am Zehnergürtel, in der Ungargasse und in der Fischauergasse, für deren Entlastung eigentlich die „Nordspange“ gebaut wurde.

Eine Straße, die durch die Ost“Umfahrung“ nachweislich entlastet würde, ist die Südauto- bahn zwischen dem Knoten Wiener Neustadt und Wöllersdorf...

Leerstände in Wiener Neustadt erreichen erschreckende Ausmaße

Flaniert man durch die Innenstadt, fällt einem das Ausmaß des Leerstandes erschreckend ins Auge. Gesichtlose Automaten-shops gehören mittlerweile zum Stadtbild, zum Unbehagen vor allem der älteren Generation. Da tönte Klaus Schneeberger anlässlich der Eröffnung des Marienmarktes 2017 ganz anders: „Wir

setzen hier ein ganz starkes Zeichen zur Belebung des Stadtzentrums!“ Offensichtlich wurden da 2 Mio. Euro in den Sand gesetzt.

Rekordleerstände: Bereits 28,8%!

Schon vor Corona war Wiener Neustadt mit 26,5% trauriger Spitzenreiter bei den Leerstän-

den in Österreichs Innenstädten, und 2021 berichtete die NÖN von einem neuen Rekordwert: 28,8%! Der Österreich-Schnitt beim Leerstand liegt bei 7,5% ...

Ost“Umfahrung“ befeuert das Sterben der Innenstadt

Die Beratungsgesellschaft “Standort + Markt“ hält zu ihrer

Studie fest, dass Einkaufszentren am Stadtrand und die „Fokussierung auf Kunden, die ihre Einkäufe vorrangig mit dem Auto“ erledigen, wesentlich zu Problemen in innerstädtischen Geschäftszonen beitragen. Mit der Ostumfahrung befeuert die „betongraue Stadtregierung“ diesen negativen Trend.

Nestroystraße – Beruhigung geht auch ohne Ost“Umfahrung“

Verkehr wird nicht weniger

Laut Studie des Landes NÖ hat Wiener Neustadt zu Stoßzeiten ein Einpendel-, aber kein Durchzugsproblem. Zurecht erwartet sich die Bevölkerung eine Entlastung – durch ein regionales Verkehrskonzept. Dazu braucht es

z.B. attraktive Angebote der Öffis auch aus dem Umland, sichere Radwege für Schulkinder und günstige Carsharing- und Mitfahrmodelle. Dass die Ost“Umfahrung“ für die Nestroystraße keine Lösung sein würde, war schon 2015 klar.

Laut Studie des Landes NÖ würde der Verkehr von rund 12.000 auf 14.400 Fahrten im Jahr 2030 steigen – MIT Ost“Umfahrung“. Das ist keine „Entlastung“!

Weniger LKW? Es gibt ja schon ein LKW-Fahrverbot.

Die Ost“Umfahrung“ brächte nur eine sehr kurzfristige und minimale „Entlastung“ – statt 20 Autos pro Minute wären es dann „nur“ 19. Bürgermeister Schneeberger verspricht in der Nestroystraße und beim Projekt „Boulevard Grazer Straße“, dass der LKW-Verkehr weniger würde. Dabei gibt es schon seit Jahren in der Nestroystraße und in der Grazer Straße (zwischen Wasserturm und Auge Gottes) ein



Ein LKW-Verbot gibt es schon lange.



Die Stadtregierung könnte schon längst eine Verkehrs-Entlastung umsetzen!

LKW-Durchfahrt-Verbot. Aber Tempo 30 könnte die Politik jederzeit umsetzen, doch da wird den Anrainer:innen lieber mit der Ost“Umfahrung“ eine Lösung vorgegaukelt. Sie fanden eines Tages sogar „Ringschluss-Jetzt“ Transparente vor der Haustür – wer war der edle Spender?

KLIMA DER ANGST

Warum so viele nicht ihre Meinung sagen.

Viele Menschen engagieren sich gegen die Ost“Umfahrung“ (siehe Kasten) – und es wären noch viel mehr, wenn es nicht so viel Angst vor negativen Konsequenzen durch die Politik gäbe. Innenstadt-Unternehmer:innen, die Schikanen befürchten. Volksschullehrer:innen, die von der Stadt abhängig sind. Bedienstete des Landesklinikums. Bewohner:innen von Gemeindebauten, die keine Scherereien mit der Politik wollen. Magistratsbedienstete, die sich berufliche Chancen nicht verbauen wollen.

Vereinsverantwortliche, die von Subventionen der Gemeinde abhängig sind. Landwirte, die auf das Wohlwollen der politischen Interessensvertretungen angewiesen sind. Menschen in landesnahen Unternehmen wie Eco-Plus, MedAustron, FH Wiener Neustadt, Breitband-Holding oder Arena Nova.

Viele wollen lieber anonym bleiben, weil es ein Klima der Angst gibt. Diesen *Klimawandel* hat die Politik erfolgreich vollzogen, die *Klimakrise* wird mit der Ost“Umfahrung“ weiter befeuert.



Mahnmal der Hoffnung, dass doch keine 11m hohe Brücke im Naturschutzgebiet kommt.

So viele mutige Menschen lassen sich nicht einschüchtern:

PETITION:

Bereits 10.000 Menschen – auf Papier und auf mein.aufstehn.at/petitions/vernunft-statt-ost-umfahrung

**INITIATIVANTRAG „FREIE FELDER“:**

über 1800 Unterschriften in Wiener Neustadt

INITIATIVANTRAG „VOLKSBEFRAGUNG OST“UMFAHRUNG“:

über 1000 in Wiener Neustadt, fast 600 in Lichtenwörth

STIMMEN DER VERNUNFT:

über 200 Menschen, die mit Namen und Foto Stellung beziehen
[www.vernunft-statt-Ost-Umfahrung“.at/stimmen-fuer-die-vernunft/](http://www.vernunft-statt-Ost-Umfahrung.at/stimmen-fuer-die-vernunft/)

**OFFENER BRIEF AN SCHNEEBERGER:**

50 Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst

APELL DER ÄRZTESCHAFT:

über 20 Mediziner:innen der Region warnen vor Gesundheitsfolgen

TRANSPARENTE:

über 100 in Wiener Neustadt und Umgebung – selbst bezahlt und aufgehängt

DEMONSTRATIONEN:

Seit 2020 mehrere Großdemos mit bis zu 500 Teilnehmer:innen
www.youtube.com/watch?v=5OC7yMroMCg



Boulevard Grazerstraße

Herr „Mundl“:

„Der Gerstenmayer von da FPÖ hot gsozt, der Boulevard in der Grazerstroßn kummt nie, des is nur a Ablenkungsmanöva vom Schnee...“



Spenger zur Ost“Umfahrung“: Ein „Umfaller“

Bemerkenswert beim Thema Ost“Umfahrung“ ist die Rolle des SPÖ-Spitzenkandidaten Rainer Spenger, der bis 2023 auch Präsident beim Fußballverein WNSC war.

Auf WNTV erklärt Spenger am 9.11.2022, er werde sich als Landtagsabgeordneter dafür einsetzen, dass man vor einem so „großen Eingriff in die Natur“ noch einmal „innehalten“

solle, es brauche eine „Kosten-Nutzen-Rechnung“ usw. Gleich danach stellt Spenger mit Schneeberger und der FPÖ auf einem Pressefoto klar, dass er doch wieder für die Ost“Umfahrung“ sei. Laut

NÖN (52/2022) erhält Spenger für damals noch „seinen“ WNSC 120.000 Euro Förderung (2x 60.000 Euro, siehe Faksimile) – zugesagt von ÖVP-Stadtrat Philipp Gruber.



Rainer Spenger im Landtagswahlkampf skeptisch zur Ost“Umfahrung“, aber plötzlich wieder voll dafür.

SP-Umweltstadtrat Horvath macht mit bei Greenwashing!

Bodenbündnis-Stadt müsste eigentlich unversiegelte Flächen erhalten

Umweltstadtrat Norbert Horvath lächelte mit Klaus Schneeberger in die Kameras, als er den Beitritt zum „Europäischen Bodenbündnis“ verkündete: „Das oberste Ziel des Bodenbündnisses ist die Erhaltung der unversiegelten Flächen. Das ist auch zugleich ein Hochwasserschutz, weil Regen einsickert und nicht über die Kanalisation abtransportiert werden muss.“ Aber der SP-Umweltstadtrat ist trotzdem FÜR die Ost“Umfahrung“ (!) und verhält sich völlig angepasst zu FP-Verkehrs-Landesrat Udo Landbauer

und zu seinem VP-Bürgermeister. Eigentlich wäre Stadtrat Horvath ein Experte für „Urban Gardening“. Er weiß, dass fruchtbare Böden, die durch die Ost“Umfahrung“ versiegelt und belastet werden sollen, für eine regionale Selbstversorgung bestens geeignet wären. Und dass sie gebraucht werden: Denn Österreich kann seinen Obstbedarf nur zu 48% und Gemüse nur zu 58% decken. Zunehmende Extremwetterereignisse gefährden unsere Ernährungssicherheit.

Horvath hat kein Konzept für Nahversorgung. Die Initiative „Neustart-Beet“ schon!

Horvath bekommt ein üppiges Stadtrats-Gehalt, er sollte Lösungen erarbeiten. Aber das müssen leider andere in ihrer Freizeit tun: Das Projekt NEUSTARTBEET ist ein Konzept aus der Bevölkerung. 20 Hektar wertvollste Schwemmlandböden zwischen Fischea und Leitha sollen nicht für die Ost“Umfahrung“ zerstört werden, sondern „frisch – regio-

nal – gemeinsam“ bewirtschaftet werden. LAND-Wirtschaft statt BETON-Wirtschaft.

Nähere Infos zur Initiative „Neustart-Beet“ : www.neustartbeet.at



„Krone“: Beitritt zum Bodenbündnis „Greenwashing“

Gesprächsverweigerung - die Betonmauer des Klaus Schneeberger

In den Salzburger Nachrichten (August 2024) beklagt sich Bürgermeister Schneeberger, er habe ja Gespräche führen wollen, aber wenn er gegen eine Mauer reden müsse... In Wahrheit zeigt sich bei den „Gesprächen“, dass er

vor allem selber reden will und sich von Fragen, Zitaten aus den Unterlagen oder sachlichem Widerspruch provoziert fühlt. Das alles ist der Machtpolitiker Klaus Schneeberger nicht gewohnt.



Ökosystem
„Fischa Auen“
(Natura 2000)

–
vor
und nach
der Rodung



Schneebergers „Gesprächsangebote“:
„Habe Gespräche gesucht, aber bin auf eine Mauer geprallt!“

Rätselecke

Beim Projekt Ost-„Umfahrung“ sind pro gerodetem Baum drei Bäume als Ersatzpflanzung vorgeschrieben. Die Pflanzungen sind kein Ersatz für das zerstörte Ökosystem. Ein junger Baum hat eine Blattoberfläche von oft unter 1m² (siehe Marketing-Baum der Stadtregierung rechts).

Wie viele Quadratmeter Blattoberfläche hat ein ausgewachsener Auwaldbaum?

- a) 15 m²
- b) Bis zu 500 m²
- c) Bis zu 1200 m²

Die Auflösung finden Sie im Artikel auf Seite 3.



Ein Auwaldriese, eben noch stolz beim Fotowettbewerb „So grün ist meine Stadt fürs Leben“ von der Stadt Wiener Neustadt präsentiert, dann für die Ost-„Umfahrung“ gefällt.



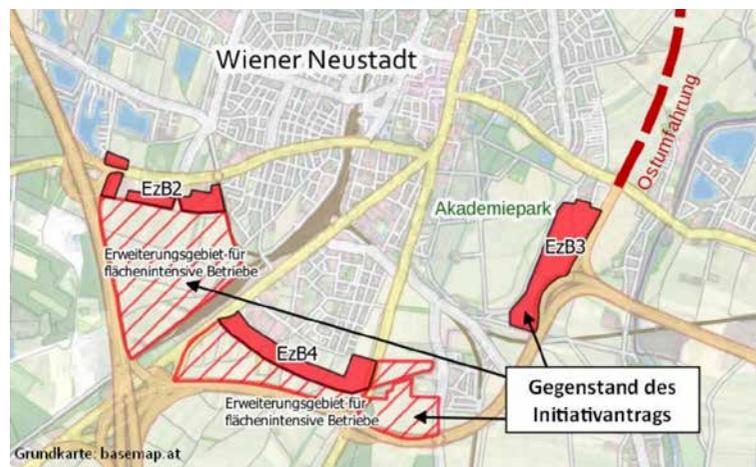
PR-Baum der „Grauen Stadtregierung“

Bundesverwaltungsgericht: „Hauptziel Gewerbegebiete“

Der fast 75-jährige Schneeberger beteuert, solange er Bürgermeister sei, werde es keine neuen Gewerbegebiete entlang der Trasse geben. Doch das Bundesverwaltungsgericht nennt als ers-

tes Hauptziel die „Verbesserung der Erschließbarkeit neuer Gewerbegrundstücke“. Schneeberger selbst hütet sich, zu den Anschlussstellen in Lichtenwörth, zum Areal „Alte Fabrik“ mit ei-

gener Abfahrt, zum Gebiet der Civitas Nova etwas zu sagen, auch nicht zu den bereits im Stadtentwicklungsplan reservierten Flächen entlang des Akademieparkes neben der S4 (siehe Foto und Grafik mit den „Erweiterungsgebieten“).



„Betriebliche Erweiterungsgebiete“ in Wiener Neustadt (siehe dazu auch den Artikel zum Initiativantrag unten)

Tab. 3	Größe derzeit vorhandener freier Grundflächen, die im Jahr 2030 voraussichtlich genutzt sein werden	Verkehrsmitteln in KFZ	KFZ-Verkehrsbelastung im
		Verkehrsmitteln pro	KFZ pro qm
		Vorrat Grund	und
		stücksfläche	Richtung
	40.000m ² Gewerbe- und Industriegebiet	20	800
	50.000m ² Gewerbe- und Industriegebiet	20	800
	57 Hektar Gewerbe- und Industriegebiete	Ca. 3.300 als	Schätzung
Gewerbegebiet entlang der Fischauer Gasse (Stadt Wiener Neustadt und Stad Fischau)	Gewerbe- und Industriegebiet	20	1.000
Gewerbegebiet entlang der Puchberger Straße	Gewerbe- und Industriegebiet	20	1.600
ÖBB-Flächen entlang der B17	Gewerbe- und Industriegebiet	20	2000
Flächen an der Molkereistraße	Gewerbe- und Industriegebiet	20	1.500
Flächen an der B53	Gewerbe- und Industriegebiet	20	800
Flächen an der L 118 im Bereich von Sollnau westlich Einfahrt	Gewerbe- und Industriegebiet	20	300
Flächen an der L 118 im Bereich von Sollnau östlich der Umfahrung	Gewerbe- und Industriegebiet	20	1.000
Alte Fabrik	Gewerbe- und Industriegebiet	20	800
B10 Am Stampf	Gewerbe- und Industriegebiet	20	1.000
Summe	575.000m ²		14.800

57 Hektar Gewerbe- und Industriegebiete



Diese Felder beim Akademiepark würden Opfer der Ost-Umfahrung“

Schneebergers „Verletzung auf Geheimhaltung“ in 2. Instanz bestätigt

„Ned amoi ignorieren“, denkt sich wohl Wiener Neustadts Bürgermeister Klaus Schneeberger, als im Jahr 2022 innerhalb kürzester Zeit über **1.800 Menschen für den Initiativantrag „Freie Felder“** unterschreiben. In dieser Initiative von engagierten jungen Menschen geht es um die langfristige Rettung von Grünflächen (siehe Grafik im Artikel oben). Die „bunte“, besser gesagt „betongraue“ Stadtregerung nimmt einen zahnlosen Passus auf, aber im Gemeinderat werden alle konkreten Forderungen des Initiativantrags von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Daten für Polit-Werbung?
Damit nicht genug: Eigentlich soll die Politik von Magistratsdirektor

Markus Biffl (ÖVP-Politiker in Kirchberg/Wechsel) nur die Zahl der letztlich als korrekt bewerteten Unterschriften übermittelt bekommen, keine Namen, keine Geburtsdaten, keine Adressen. Doch knapp vor der Landtagswahl im Jänner 2023 erhalten alle Unterschreibenden einen persönlichen Brief des Bürgermeisters. Eine klare „Missverwendung von Daten“ mitten im Wahlkampf auf Kosten des Steuerzahlers und mit Hinweis auf den kandidierenden ÖVP-Landtagsabgeordneten Franz Dinthobl. Der Standard berichtet, siehe Faksimile. Im Bescheid der Datenschutzbehörde (21.11.2023) wird die „Verletzung der Beschwerdeführer(innen) in ihrem Recht auf Geheimhaltung“ festgestellt.

Schneeberger uneinsichtig
Dieser Spruch wird auch in 2. Instanz durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Schneeberger beschädigt ein Instrument der direkten Demokratie und untergräbt die politische Beteiligung der Bevölkerung. Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung in Wiener Neustadt bei nur

mehr knapp über 50% liegt. Der uneinsichtige Schneeberger hat abermals eine Revision gegen diesen Bescheid eingebracht. Wohl ohne Chance, aber damit könnte sich der endgültige Spruch bis über die Gemeinderats-Wahlen hinauszögern. Im Gegensatz zu den Beschwerdeführer:innen führt er seinen rechtlichen Kampf mit Steuergeld...



Standard-Artikel (23.1.2023) „Initiativen einschüchtern“

Volksbefragung? Zu viel soll das Volk dann doch nicht mitreden!

In Wiener Neustadt braucht man 500 Unterschriften, um einen Antrag in den Gemeinderat einzubringen. Es waren Anfang 2024 sogar über 1.000, die (mit Namen, Geburtsdatum und Adresse) eine Volksbefragung zur Ost“Umfahrung“ einforderten. In Lichtenwörth waren es fast 600 der rund 2200 Wahlberechtigten! Ein beeindruckendes Zeichen der Bevölkerung. Doch die beiden ÖVP-Bürgermeister Klaus Schneeberger (Wiener Neustadt) und Manuel Zusag (Lichtenwörth) wollen keine Volksbefragungen.

Die Ausrede: Ost“Umfahrung“ ein Projekt des Landes NÖ
Die Wahrheit: Schneeberger setzt sich schon seit über 10 Jahren (auch als VP-Klubobmann im

Landtag) massiv für das Betonprojekt ein. Wiener Neustadt hat bereits enorme personelle und finanzielle Ressourcen der Stadt für die Ost“Umfahrung“ verschwendet. Natürlich könnten beide Gemeinden Volksbefragungen durchführen – als Stimmungsbild und Grundlage für einen Appell an das Land NÖ. Denn das schwer verschuldete Bundesland würde wohl nicht 60 Mio. Euro für so ein Projekt ausgeben, wenn Schneeberger nicht darauf beharren würde.

97% in Lichtenwörth gegen Ost“Umfahrung“
Eine aktuelle Umfrage der Tageszeitung „Heute“ (siehe Faksimile) zeigt eine klare Ablehnung der Ost“Umfahrung“, eine repräsentative Umfrage in Lichtenwörth

im August 2024 ergibt eine Ablehnung der Ost“Umfahrung“ mit 97%. Das war für die Regierenden in Wiener Neustadt (ÖVP/SPÖ/FPÖ) und Lichtenwörth (ÖVP/FPÖ) erst recht ein Argument GEGEN direkte Demokratie. Wenn derzeit im

Gemeinderat Wiener Neustadt nur 10% der Mandatar:innen gegen die Ost“Umfahrung“ sind, dann stimmt etwas nicht mit der „Volksvertretung“. Umso wichtiger, ihnen bei der Gemeinderatswahl einen Denkkzettel zu verpassen...



Gemeinderat ignoriert Meinung der Bevölkerung

Machtbasis und Message-Control am Golfplatz

DOSSIER deckt Schneebergers Golfkunden auf

Klaus Schneeberger ist nicht nur ein seit Jahrzehnten hochbezahlter Berufspolitiker, sondern war und ist in zahlreichen Aufsichtsräten von landesnahen Unternehmen wie FH Wiener Neustadt, Arena Nova, Eco Plus, Med-Austron, Breitband-Holding. Es entsteht der Eindruck, dass hierdurch enorme Möglichkeiten für persönliche Einflussnahmen eröffnet sind, um ein Klima der Angst zu schaffen.

Familiäre Atmosphäre mit Sponsoren und Medien
Zusätzlich ist er auch Präsident im elitären GC Föhrenwald. Ein

Golfclub mit laut Website „familiärer Atmosphäre“ - Schneebergers Sohn ist dort Geschäftsführer.

Pikant: Laut „Standard“ (27.2.2021) verhandelt Schneeberger die Glücksspielgesetzgebung mit, sein Golfclub erhält 10 Jahre lang je 5.000 Euro vom Glücksspielkonzern „Novomatic“. Schneeberger damals dazu: Novomatic sei „einer von vielen Partnern“, einen Zusammenhang zwischen Sponsorings und seiner politischen Arbeit gebe es nicht... Am 19.9.2024 berichtete der „Standard“ über Golfkunden von ÖVP-Generalsekretär und Wie-

ner Neustadts Vizebürgermeister Christian Stocker sowie Klaus Schneeberger mit niederösterreichischen Top-Medienmanagern. Im Golfclub Föhrenwald und auch in Südafrika. „Die Optik ist eine schlechte, ja, ist halt so“, sagt Schneeberger.

Message Control
Im DOSSIER (Nr. 14 / 2024) schildert ein Journalist „voraus-eilenden Gehorsam“ und „Vergeltungsmaßnahmen rabiater Ortskaiser“ bis in den privaten Bereich. Kritische Berichterstattung sei unerwünscht.



Link zum Dossier-Bericht

Die vielen Versprechungen an die Lichtenwörther Bauern

Im Jahr 2013 gibt es eine große Veranstaltung in der Gemeinde Lichtenwörth mit ca. 200 Menschen. Klaus Schneeberger ist damals (und bis 2023) Klubobmann der ÖVP in Niederösterreich. Viele Ohrenzeugen haben den Eindruck, es gäbe „keine Enteignungen“, wenn so viele Menschen dagegen seien. Die Stimmung der Lichtenwörther Bevölkerung ist schon damals extrem skeptisch, es geht um regionale Ernährungssicherheit, Gesundheit und um die Zukunftsperspektive der nächsten Generationen. Doch im Vertrauen auf die Politik verzichten die vielen von der Ost-„Umfahrung“ betroffenen Grundbesitzer auf ihr wichtiges Recht der Parteienstellung im Umweltverträglichkeitsverfahren.

Traktordemo im Oktober 2022

Spätestens seit damals ist bei Schneeberger & Co Feuer am Dach, es gibt nun Einzelgespräche mit den Bauern. Was es für diese im Alltag bedeutet, sich mit den Bürgermeistern Klaus Schneeberger (Wiener Neustadt) und Manuel Zusag (VP-Lichtenwörth) anzulegen, muss gar nicht ausgesprochen werden.

Einseitige „Infoveranstaltung“ in Lichtenwörth

Im November 2022 setzt Schneeberger für die verbliebenen Verkaufsunwilligen eine nicht-öffentliche „Infoveranstaltung“ in Lichtenwörth an. Einige Bauern holen sich Unterstützung durch Anwalt Wolfram Proksch, durch die frühere Leiterin des Instituts für Raumplanung der Boku Wien, Gerlind Weber, und durch den Präsidenten der Katholischen Aktion Wien, Reinhard Bödenauer. Klaus Schneeberger (ÖVP) fordert die Bauern zum Verkauf ihrer



Dutzende Traktoren, großer Beifall der Bevölkerung, große Medienberichte.

Äcker auf - ohne die versprochenen Ausgleichsflächen zu nennen. Man werde sich schon einigen... Fragen der Expert:innen zum Klimaschutz, zum Bodenschutz und zur Top-Qualität der Böden werden zur Seite gewischt.

„Vergreistes Projekt“

Gerlind Weber ist entsetzt über diese Vorgangsweise. Sie bezeichnet die geplante Ost-„Umfahrung“ als „vergreistes Projekt“ mit einer „völlig aus der Zeit gefallen Brutalität“. Nach dieser Farce bleiben nur mehr eine Handvoll Bauern über, die im Sommer 2024 zwangsenteignet werden und dadurch die „Akzeptanzprämie“ aus Wiener Neustädter Steuergeldern und ihre fruchtbaren Böden verloren. Enteignet im angeblich

„öffentlichen Interesse“, das laut Bundesverwaltungsgericht in der „besseren Erschließbarkeit von Gewerbegrundstücken“ besteht. Die Revisionen vor dem Verwaltungsgerichtshof (VwGH) laufen noch - es ist ein mühsamer und kostspieliger Weg für die aufrechten Landwirte.

Youtube-Video der Traktordemo

www.youtube.com/watch?v=wwZdDzJbI0w



Land enteignet Bauern für Bau von Umfahrung

■ Bescheide an sieben Grundbesitzer in NÖ ■ Landwirte ziehen vor Gericht – S.12

Enteignungen werden vor dem Verwaltungsgerichtshof bekämpft.

Die Ost“Umfahrung“ – ein Desaster für Lichtenwörth

„Lichtenwörther Äcker“ sind bedroht



Wo jetzt noch die fruchtbaren „Lichtenwörther Äcker“, das Natura-2000-Schutzgebiet der „Fischa Auen“ und ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung besteht, sollen in Zukunft auf einer gewaltigen Beton-schneise fast 15.000 Fahrzeuge

täglich (davon 700 LKW) direkt an Lichtenwörth vorbeidonnern.

Bauphase als Gesundheitsbelastung

Bereits die dreijährige Bauphase wäre ein Desaster, was Lärm- und Feinstaubbelastung betrifft. Im

Betrieb kommen noch die Belastung durch Mikroplastik und giftige Abgase dazu.

97% gegen Ost“Umfahrung“

Ein Initiativantrag für eine Volksbefragung zur Ost“Umfahrung“ sammelt Anfang 2024 fast

600 Unterschriften und eine repräsentative Umfrage ergab eine Ablehnung des Projekts von 97%. Doch Bürgermeister Manuel Zusage (ÖVP) und sein Vize Andreas Feichtinger (FPÖ) wollen keine Volksbefragung – mit der Ausrede, es sei ein Projekt des Landes NÖ. Dabei könnte Lichtenwörth natürlich eine Volksbefragung zu dem Thema machen – mit einem Appell an die Landesregierung, dieses uralte Projekt aus den 1950ern noch einmal unter den heutigen Rahmenbedingungen zu evaluieren. Vielleicht ändern die **Gemeinderats-Wahlen am 26.1.2025** etwas. Dafür braucht es ein deutliches Zeichen der Bevölkerung – es ist völlig klar, welche Parteien wofür stehen – siehe Seite 16.

Die brisanten Verträge

Umwidmungen in Bauland?

Erst bei den Enteignungsverhandlungen kommt ans Tageslicht, was im Kaufvertrag zwischen der „Wiener Neustädter Stadtwerke und Kommunal Service GmbH“ (WNSKS) und dem Land NÖ steht. Der Vertrag ist vom 22.07.2019, damals war Klaus Schneeberger nicht nur Bürgermeister, sondern auch noch Klubobmann der ÖVP-NÖ.

Der brisante Vertrag

Die WNSKS verkauft dem Land NÖ Flächen, die den Landwirten als Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen sollen. Es gibt aber eine Klausel für den Fall späterer Umwidmungen. Diese „Kauf-

preisbesserungsklausel“ bedeutet, dass ein Landwirt, der mit einer Grundeinlöse einverstanden ist, aber im betreffenden Gebiet einen „Steinacker“ erhält, die Chance hat, dass dieser Acker in Bauland umgewidmet wird. Er muss dann im Fall des Verkaufs 50% der nun höheren Grundstückswerte an die WNSKS bezahlen. Ein sehr gutes Geschäft für die WNSKS, deren Gesellschafter die Stadt Wiener Neustadt (1%) und die Wiener Neustadt Holding GmbH (99%) sind. Und wer ist Gesellschafter der Holding? Zu 100% die Stadt Wiener Neustadt mit dem Bürgermeister Klaus Schneeberger.

WIENER NEUSTADT IN DEN INTERNATIONALEN MEDIEN

Internationale Medien berichten über Österreichs Betonierlust und besuchen dafür Wiener Neustadt.

Der peinlichste Sager von Klaus Schneeberger im ARTE-TV zur Ostumfahrung:

„Ich würde meinen, es ist wirklich ein ökologisches Projekt“.



ARTE-Journal zum Thema Bodenversiegelung in Österreich



Artikel in der Zeit-Online über Verkehrsplanung in Österreich

Wer sind finanzielle Nutznießer des Millionenprojekts?

Der Vorstandsvorsitzende der Hagelversicherung Kurt Weinberger warnte schon vor Jahren: „Es dürfte kein Quadratmeter fruchtbarer Boden mehr verbaut werden!“ Österreich ist „negativer Europa-meister“ in diesen Kategorien:

- 15m Straße/Kopf
- 1,67m² Supermarktfläche/Kopf
- 40.000 ha Leerstand (das ist die Fläche der Stadt Wien!)
- 150.000 ha Agrarfläche verbaut in 25 Jahren (entspricht der Agrarfläche des Burgenlands!)

„Einige werden Millionäre, wir alle verlieren“

Die Raumordnung durch weisungsgebundene Beamte der Landesregierung funktioniere

nicht, es werde jene Gemeinde belohnt, die mehr Grund durch Verbauung zerstört. Im Podcast „Scheuba fragt nach“ (26.11.2024) spricht Weinberger klar an, dass man „mit der Zerstörung der Natur sehr viel Geld verdienen“ könne. Er nennt hier zum Beispiel die „Schotterbarone“. Die Umwidmung in Bauland bedeute, dass manche „von heute auf morgen Millionäre“ würden und dass „einige wenige gewinnen und wir alle verlieren“.

Bevölkerung ist für mehr Bodenschutz – manche Bürgermeister dagegen

Die Bevölkerung ist da viel weiter, das zeigt auch eine aktuelle Market-Studie, bei der 82% eine

drastische und verbindliche Begrenzung des Bodenverbrauchs fordern. Die Bürgermeister aber krallen sich an ihre einträglichen Widmungs-Befugnisse, das zeigt eine Umfrage des Gemeindebundes. Laut Podcast „Scheuba fragt nach“ (26.11.2024) halten 71% der Bürgermeister die Regeln zum Bodenschutz schon jetzt für zu streng...

„Man kann mit der Zerstörung der Natur viel Geld verdienen, einige wenige profitieren davon und die Allgemeinheit verliert...“

Kurt Weinberger,
Vorstandsvorsitzender der
Hagelversicherung

Transparenz wäre wichtig: Wer casht ab?

Welche Firmen profitieren von den Rodungen, den Erdarbeiten und vom Millionenauftrag der Ost“Umfahrung“? Welche Rolle spielt die Transportlobby? Und in welchem persönlichen, politischen und geschäftlichen Naheverhältnis stehen diese finanziellen Profiteure der Ost“Umfahrung“ zur „betongrauen Stadtregierung“ Wiener Neustadts? Eine Offenlegung aller Parteispenden auf Landes- und Gemeindeebene würde Transparenz herstellen. Ob Schneeberger, Spenger und Landbauer dazu bereit sind?

Rekordschulden des Landes NÖ – trotzdem 60 Mio. Euro für Ost“Umfahrung“

Hochwasserkatastrophe und noch mehr Bodenversiegelung

Die NEOS nennen das von ÖVP und FPÖ beschlossene Budget-Minus des Landes NÖ von über 600 Mio. Euro und die bald 10 Milliarden(!) Euro Gesamtschulden eine „budgetäre Bankrotterklärung“.

Auch nach der Hochwasserkatastrophe mit Milliardenschäden wurde das problematische Bauprojekt nicht gestoppt, sondern diese Männer zeigen wenige Tage nach dem Rekordregen ihre Freude über das uralte Betonprojekt (siehe Foto): Rainer Spenger (SPÖ Wiener Neustadt), Franz Din-hobl (ÖVP), Klaus Schneeberger (ÖVP), Udo Landbauer (FPÖ) und Philipp Gerstenmayer (FPÖ).

Die Ost“Umfahrung“ wurde im Jahr 2016 mit 32 Mio. Euro veranschlagt, dann waren es



Verantwortungslos: Pressefoto, ein paar Tage nach der Hochwasserkatastrophe... (© NLK Pfeffer)

rund 40 Mio. Euro - und das noch vor den Teuerungen ab 2022. Eine Verdoppelung der Baukosten auf über 60 Mio. Euro ist nicht ausgeschlossen, denn Kostenexplosionen auf Steuerkosten sind im Straßenbau üblich (zum Vergleich: Bei der kürzeren „Westspange Steyr“ explodierten die Kosten von 27 auf über 70 Mio. Euro).

Keine aktuelle Kostenschätzung

Erst Anfang Dezember 2024 wird die Straße ausgeschrieben. Niemand weiß, was sie kosten wird, aber schon Wochen davor wurde durch die Rodungen

Tatsachen geschaffen. Wiener Neustadt trägt beträchtliche Steuermittel bei: 600.000 Euro z.B. für „Akzeptanzprämien“ für Bauern, dazu Kosten für Marketing, PR und Verwaltung. Die „Klimapionierstadt“ verschleudert Steuergeld für die seit Jahren klimaschädlichste Weichenstellung der Region. Gleichzeitig prognostiziert Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Christian Stocker für 2025 ein städtisches Defizit von 16,7 Millionen Euro und gibt zu, dass die Gesamtschulden der Stadt auf fast 115 Mio. Euro anwachsen. Gespart wird woanders, auch wegen der Ost“Umfahrung“.

„Graue Stadtregierung“ verweigert Debatte

9. September 2024: Demokratischer Tiefpunkt im Gemeinderat

Die Vorgeschichte: Zwei junge Frauen sammeln Anfang 2024 in wenigen Wochen über 1.000 Unterschriften für den Initiativantrag Volksbefragung Ost“Umfahrung“. Es ist klar: Die Bevölkerung ist gegen dieses Betonprojekt. Doch der bald 75-jährige Klaus Schneeberger würgt den Initiativantrag per Bescheid ab, weil die Ost“Umfahrung“ „im Wirkungsbereich des Landes NÖ“ sei. Obwohl Wiener Neustadt von diesem Projekt massiv betroffen wäre und er persönlich sich seit Jahren dafür einsetzt.

Im April 2024 wird das Thema nicht im Gemeinderat behandelt, die Stadtregierung nimmt die Debatte darüber nicht auf die Tagesordnung. Die Initiatorin legt daraufhin auf eigene Kosten

Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht (LVwG) ein – und tatsächlich: Per LVwG-Bescheid (19.6.2024) wird Schneebergers Bluff entlarvt, der Beschwerde der Initiatorin wird „Folge gegeben, der angefochtene Bescheid Schneebergers wird aufgehoben, eine ordentliche Revision ist nun nicht mehr zulässig“. Doch bei der Sitzung am 9.9. ist der Punkt wieder nicht auf der Tagesordnung. Die ÖVP verweist auf ein eigenes Gutachten und setzt sich über den LVwG-Bescheid hinweg. Daraufhin verfassen die Grünen in aller Eile, aber regelkonform, 7 Dringlichkeitsanträge zur Ost“Umfahrung“, um noch VOR dem drohenden Baustart den Bürgermeister mit den vielen Ungereimtheiten zur Ost“Umfahrung“ zu konfrontieren.

„Graue Stadtregierung“: Respektloser Umgang mit dem Publikum

Doch Schneeberger verhängt erobert eine Sitzungsunterbrechung und fährt mit seinem Tross ins Rathaus. Dort verfasst VP-Klubobmann Matthias Zauner eine aggressive Presseaussendung, in der alle Menschen, die dieser Debatte bei der öffentlichen Gemeinderatssitzung zuhören wollten, vor den Kopf gestoßen werden. Nach 90 (!) Minuten kommen Schneeberger & Co zurück – ohne Entschuldigung beim geduldigen Publikum. Es wird nur einer der sieben Anträge zugelassen.

Zauner und Hoffmann würgen Diskussion im Gemeinderat ab

Zuerst lässt VP-Klubobmann Matthias Zauner eine 15-minütige Schimpftirade gegen die Ost“Umfahrungs“-Gegner:innen los und dann treibt es SP-Klubobmann Christian Hoffmann auf die Spitze und fordert das Ende dieses Tagesordnungspunktes. ÖVP, SPÖ und FPÖ stimmen für den Schluss der Debatte, bevor diese begonnen hat, die Grünen kommen bei ihrem eigenen Dringlichkeitsantrag gar nicht zu Wort. In den Medien wird dieser Skandal nicht thematisiert, über 50 Zuhörer:innen verlassen unter Protest den Saal. Die graue Stadtregierung rührt auch im Gemeinderat Beton an.

Menschen aus Wiener Neustadt zur Stadtpolitik

Max Stiglbauer (Arzt):

„Es ist evident, dass von unseren demokratisch gewählten Politikern völlig unzeitgemäße, aber ihnen offensichtlich wichtige Projekte, mittels geschöner Entscheidungen und frech-fragwürdiger öffentlicher Behauptungen gegen den Willen der Wähler mit aller Gewalt durchgepeitscht werden. Eine in diesem Falle opportune, demokratische Volksbefragung wurde kategorisch abgelehnt. Somit sind wir im Konsens des weltweiten Zeitgeistes am Wege zur Autokratie, auch in Wiener Neustadt!“

Josef Worm (Arbeitskreis Schöpfungsverantwortung):

„Als Mitglied einer Gruppe in einer katholischen Gemeinde in Wr. Neustadt erwarte ich mir von der zukünftigen Stadtregierung viel mehr Engagement im Umweltbereich und den endgültigen Stopp beim Bodenverbrauch. Bienenweiden auf Verkehrsinseln sind peinlich und lächerlich.“

Lisa Strebinger (Wissenschaftsjournalistin):

„Ich bin stolze Wiener Neustädterin und lebe sehr gerne hier. Ich würde mir jedoch eine wiederkehrende, detailreiche Umfrage an alle Haushalte wünschen, in der nach den Wünschen und Visionen für Wr. Neustadt gefragt, und danach auch möglichst darauf eingegangen wird.“

Christa Zohner (Bewohnerin Nestroystraße):

„Wenn ihm die Verkehrsentslastung in unserer Straße wirklich wichtig wäre, hätte Bürgermeistermeister Schneeberger nicht 500 Wohnungen am ehemaligen Stadionareal bewilligen dürfen. Die Stadt wird immer dichter besiedelt. Die Autos werden immer mehr, die Radwege immer schmaler – verständlich, wenn auf Gehsteige ausgewichen wird. Die Ostumfahrung wird diese Probleme leider nicht lösen.“

GESUNDHEITSGEFAHR

Ärztenschaft warnt: Mehr Straßen = mehr Gesundheitsgefährdung

Luftschadstoffe, Lärmbelastung und Hitze

Eine Vielzahl von Ärzt:innen aus der Region richtet im Frühjahr 2024 einen dramatischen Appell an die Politik, die Ost-„Umfahrung“ noch einmal zu überdenken. Feinstaub, Ozon, Stickoxide, aber auch die Belastung durch Mikroplastik aufgrund von Brems- und Reifenabrieb würden weiter steigen. Dabei überschreitet Wiener Neustadt laut „Bezirksblättern“ bereits jetzt die Feinstaub-Grenzwerte der WHO ums Doppelte. Laut Europäischer Umweltagentur verursachte im Jahr 2021 alleine der Feinstaub 3200 vorzeitige Todesfälle in Österreich.

Mehr als 500 Hitzetote im Jahr 2024?

Auch die Hitze würde durch weitere Versiegelung zunehmen. Schon ohne Ost-„Umfahrung“ gab es heuer 40 Hitzetage (über 30 Grad) in Wiener Neustadt. Zum Vergleich: Zwischen 1960 und 1990 waren das im Schnitt nur 9 Hitzetage pro Jahr. Die Zahl der Hitzetoten in Österreich hat sich von 2022 auf 2023 auf 500 verdoppelt! Wie wird diese schreck-

liche Bilanz im Rekordhitzejahr 2024 ausfallen? Übernehmen die schwarz-blauen Koalitionen im Land NÖ, Wiener Neustadt und Lichtenwörth dafür die Verantwortung?

Negativ-Rekorde in Wiener Neustadt: Tropennächte und Versiegelung

Nächte über 20 Grad sind eine enorme Gesundheitsbelastung, weil die Regeneration fehlt. Seit heuer hält Wiener Neustadt den traurigen Österreich-Rekord mit 23,7 Grad. Das Problem ist hausgemacht durch extreme Bodenversiegelung. Der WWF belegte heuer mit Satellitendaten, dass **Wiener Neustadt die höchste Versiegelungsquote** aller österreichischen Städte hat. Rund 62 Quadratmeter pro Kopf sind für Gewerbegebiete, Straßen und dazugehörige Parkplätze zubetoniert und asphaltiert. Der Verlust von Grünraum und die zusätzliche Verkehrsbelastung an allen Einpendelrouten der Stadt (und auch in Lichtenwörth) erhöhen die gesundheitliche Gefährdung.



Landeskrinikum am Stadtrand – frühestens 2032 und ohne Verkehrskonzept

Die Ärzt:innen äußern sich auch zum geplanten neuen Landeskrinikum am Stadtrand, das fast eine Milliarde Euro kosten wird, für das es noch keinen Baubeginn gibt und dessen erwartete Eröffnung laut NÖN (19.10.2024) „frühestens 2032“ ist. Aber das

neue Spital muss schon jetzt als Begründung für die Ost-„Umfahrung“ herhalten, weil offensichtlich eine gute öffentliche Erreichbarkeit fehlt und nur an Autos gedacht wird. Die Ost-„Umfahrung“ steht für veraltete Denkmuster, die Mobilitätsthemen nur durch noch mehr Straßen lösen wollen.

Wo ist Schneebergers „Alternativenprüfung“?

Bei der geplanten S8 im Marchfeld hat das Bundesverwaltungsgericht eine Alternativenprüfung verlangt, weil das Projekt durch ein Natura2000-Schutzgebiet geht. Wie schaut es damit bei der Ost-„Umfahrung“ aus? 10.000 Menschen (online und auf Papier) fordern auch hier eine Alternativenprüfung.

In der ORF-Sendung ECO (31.7.2023) sagt Schneeberger wörtlich: „Wir haben die Alternativen geprüft, es gibt keine Alternative!“ Wann und von wem wurde das geprüft - und mit welchem Ergebnis? All diese Auskünfte haben weder Schneeberger noch Landesrat Landbauer bzw. LH Mikl-Leitner geliefert.



Impressum

Medieninhaber: Verein Vernunft statt Beton, 2700 Wiener Neustadt
Hersteller: Walstead NP Druck, 3100 St. Pölten

Wissenschaft befasst sich mit der Ost“Umfahrung“

Wiener Neustadt braucht ein anderes Verkehrskonzept

Bei einer Pressekonferenz direkt in der Lichtenwörther Au waren Anfang 2024 drei Top-Wissenschaftler eindringlich vor der gewaltigen Schneise Ost“Umfahrung“. Franz Essl, Biodiversitätsforscher und Wissenschaftler des Jahres 2022, prangert an: „Statt Naturzerstörung durch die Ostumfahrung braucht es dringend ein anderes Verkehrskonzept für Wiener Neustadt.“ Reinhard Steurer, Klimapolitikexperte der Universität für Bodenkultur, bezeichnete die Ostumfahrung als ein „aus der Zeit gefallenes Pro-

jekt“. Günter Emberger, Leiter des Forschungsbereichs Verkehrsplanung der TU Wien betonte: „Wir müssen unsere Abhängigkeit vom Autoverkehr verringern.“

Wissenschaftsfeindlicher Affront des Bürgermeisters

Kurz darauf gab es einen „Offenen Brief“ dutzender weiterer Wissenschaftler:innen an Bürgermeister Klaus Schneeberger, in dem sie eine Volksbefragung zur Ost“Umfahrung“ fordern. Schneeberger bedankt sich zwar



Franz Essl, Günter Emberger, Reinhard Steurer (von links)

für den Brief, geht aber auf inhaltliche Aspekte gar nicht ein und verweist die hochrangigen Expert:innen zum Thema Ost“Umfahrung“ auf eine biedere

PR-Website und eine Marketing-Ausstellung mit bunten Schautafeln...

EXPERTISE DES RECHNUNGSHOFES

Schneeberger reagiert beleidigt

Rechnungshof-Kritik an Ost“Umfahrung“

Im Rechnungshof-Bericht „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“ (18. Oktober 2024) wird kritisiert, dass die versiegelte Fläche pro Kopf in Wiener Neustadt stark angestiegen ist. Klimaschutzmaßnahmen müssten bei geplanten Bauvorhaben mitbedacht werden. Zur Ost“Umfahrung“ merkt der Rechnungshof an, dass das Projekt „in einem Spannungsfeld zu klima- und umweltpolitischen Zielen sowie zur Ernährungssicherheit“ stehe, weil Boden versiegelt werde und landwirtschaftliche Flächen verloren gingen.

Beleidigte und tatsächwidrige Reaktion des Bürgermeisters

Klaus Schneeberger reagiert auf diese Expertise beleidigt und meint, die Prüfung sei „populistisch“. Und er versteigt sich in seiner Presseaussendung zur Behauptung, es sei beim „Ringschluss“ (Anmerkung: Marketingbegriff für die Ost“Umfahrung“) eine „Tatsache, dass die geplante Straße so gut wie gar nicht auf Grund der Stadt Wiener Neustadt verlaufen wird.“ Die Karte rechts beweist das Gegenteil, doch bei den Medien kam Schneeberger damit durch...



Die Karte beweist: Ost“Umfahrung“ doch in Wiener Neustadt

ORIENTIERUNGSHILFE VOR DEN GEMEINDERATS-WAHLEN

Wie stehen die Parteien zur Ost“Umfahrung“?

WIENER NEUSTADT

Selina Prünster (GRÜNE):
DAGEGEN.

Äcker sind die Grundlage für eine gute Zukunft. Weitere Versiegelung zerstört diese Grundlage, und das ist keine Politik der Zukunft, sondern der Vergangenheit.

Bernhard Lutzer (NEOS):
DAGEGEN.

Die Planungsgrundlagen sind veraltet, Alternativen wurden niemals geprüft. Es braucht ein modernes Verkehrskonzept und keine Retroprojekte.

Klaus Schneeberger (ÖVP):
DAFÜR.

Es gehe um „insgesamt 10 Bäume“, die Trasse sei „so gut wie gar nicht auf Wiener Neustädter Grund“ und man habe „alle Alternativen geprüft“...

Rainer Spenger (SPÖ):
DAFÜR.

Er sprach vor der Landtagswahl 2023 noch vom „Nachdenken“, „Innehalten“, einem „gravierenden Eingriff in die Natur“ und einer „Kosten-Nutzenrechnung“. Irgendetwas ließ ihn umdenken, denn nun lächelt er vom Baustart-Foto, das wenige Tage nach der Hochwasserkatastrophe an die Medien ging.

Philipp Gerstenmayer (FPÖ Wiener Neustadt):
DAFÜR.

Er betont in einer gemeinsamen Aussendung mit Schneeberger, dass lediglich 4,8 ha für die Fahrbahn versiegelt würden. Desinteresse oder Unwissenheit? In Wirklichkeit werden weitere 15 ha für Bauarbeiten, für Zu- und Abfahrten, für Lagerplätze und für Entwässerungsanlagen verdichtet und versiegelt. Da sind die geplanten Gewerbegebiete noch gar nicht dabei.

Udo Landbauer (Landeshauptfrau-Stellvertreter/FPÖ Niederösterreich):
DAFÜR.

Er behauptet, dass „die Umweltverträglichkeit klar festgestellt“ worden sei. Ist es nur Unkenntnis der Sachlage? Laut UVP zur Ost“Umfahrung“ ist der „Verbotstatbestand des NÖ Naturschutzgesetzes erfüllt“. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung im angeblich „öffentlichen Interesse“ – obwohl der Verkehr mit Ost“Umfahrung“ mehr würde...

LICHTENWÖRTH

Philip Bayer (Bürgerliste „Zukunft Lichtenwörth“):
DAGEGEN.

Die Lichtenwörther Bevölkerung würde am meisten unter der Ost“Umfahrung“ leiden. Schlechtere Luftqualität, höhere Schadstoff- und Lärmbelastung, sowie die Versiegelung von Ackerböden auf Lichtenwörther Gemeindegebiet. Wie die überwiegende Mehrheit der Einwohner spricht sich auch „Zukunft Lichtenwörth“ aktiv gegen dieses aus der Zeit gefallene Projekt aus.

Corinna Kalusa (SPÖ Lichtenwörth):
DAGEGEN.

Die Ost“Umfahrung“ wäre eine enorme gesundheitliche Belastung der Bevölkerung und eine massive Umweltzerstörung. ÖVP und FPÖ verhindern eine Volksbefragung – daher sei die Gemeinderatswahl vor dieser drohenden desaströsen Weichenstellung besonders wichtig.

Manuel Zusag (ÖVP/Liste WIR Lichtenwörth):
DAFÜR.

Er war zwar einmal dagegen, aber jetzt will er keine Volksbefragung und verweist in einer Aussendung auf „bepflanzte Lärmschutzwände“ und auf eine „Evaluierung der Verkehrssituation“ - nach der Realisierung der Ost“Umfahrung“...

Andreas Feichtinger (FPÖ Lichtenwörth):
DAFÜR.

Er behauptet in einer Aussendung faktenwidrig, dass das Projekt vom „Obersten Gerichtshof“ genehmigt worden sei, doch der OGH hat sich nie damit beschäftigt. Generell sei er „gegen Unruhe und Aktionismus und falsche Hoffnungen in der Bevölkerung“...

Gemeinderatswahl 2025

**„Zu Hause bleiben ist keine Lösung!“
Wählen Sie keine Betonpartei!**

Vernunft
STATT OSTUMFAHRUNG



www.vernunft-statt-ostumfahrung.at

